

Antrag

Initiator*innen: Aminata Touré (KV Neumünster)

Titel: **Der Herbst der Reformen darf kein Herbst der sozialen Kälte werden!**

Antragstext

1 Der Herbst der Reformen darf kein Herbst der sozialen Kälte werden!

2 Die Bundesregierung hat einen „Herbst der Reformen“ angekündigt, der im Kern
3 beinhaltet, dass Sozialausgaben gekürzt werden sollen. Im Fokus steht hierbei
4 vor allem das Bürgergeld. Damit möchte die schwarz-rote Bundesregierung das
5 Haushaltsloch für das kommende Haushaltsjahr in Höhe von rund 30 Mrd. € stopfen.
6 Die Vorstellung der Bundesregierung lautet, damit Einsparungen in Höhe von
7 mindestens 5 Mrd. € zu erzielen, was inzwischen schon wieder auf unter 1 Mrd.
8 korrigiert wurde. Wir halten diese politische Schwerpunktsetzung für falsch,
9 denn sie löst weder das Problem des Bundeshaushalts, noch ist es inhaltlich
10 zielführend – im Gegenteil - wir halten diese Form der dadurch erzielten
11 sozialen Spaltung für politischen Unfug und brandgefährlich!

12 Aber auch im Hinblick auf andere Sozialleistungen klingt es oft so, als solle
13 dem Sozialstaat die Axt angelegt werden. Der Bundeskanzler behauptet, dass wir
14 uns den Sozialstaat in seiner jetzigen Form nicht leisten können. Allerdings
15 wird nicht weiter formuliert, was genau wir uns nicht leisten können und wo
16 konkret, über das Bürgergeld hinaus, Einsparungen erfolgen sollen. Gleichzeitig
17 werden Vorschläge, die Einnahmesituation der Sozialversicherungen oder des
18 Staates zu verbessern oft reflexartig abgelehnt. Der sozialdemokratische Anteil
19 der Bundesregierung beharrt auf alte Strukturen, ohne zukunftsorientierte
20 Vorschläge zu machen, die gerade auch jüngere Generationen mitdenkt. Bis auf
21 Kommissionen und markigen Sprüchen, fehlt es an konkreten Umsetzungsvorschlägen.

22 Wir sind in Zeiten großer gesellschaftlicher Verunsicherung, die erfordern, dass

23 politische Verantwortungsträger*innen keine Ängste schüren, sondern Sicherheit
24 geben. In diesem Selbstverständnis führen wir als **BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN**
25 **Schleswig-Holstein** diese Debatte.

26 Dass unsere sozialen Sicherungssysteme reformbedürftig sind, erkennen wir an.
27 Uns geht es hierbei aber nicht ausschließlich um kostendämpfende Maßnahmen
28 innerhalb der bestehenden Strukturen, sondern auch um eine Verbesserung und eine
29 echte Reform im Sinne derer, die auf unsere sozialen Sicherungssysteme
30 angewiesen sind. Ein reiches Land wie Deutschland muss sich einen gut
31 ausgestatteten Sozialstaat leisten!

32 **BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein** bekennt sich zu einem starken
33 Sozialstaat. Dieser ist nicht nur verfassungsrechtlich festgeschrieben, er ist
34 für uns geboten und der Grundpfeiler einer liberalen und wehrhaften Demokratie,
35 der die Schwächsten in unserer Gesellschaft schützen soll!

36 Daraus ergibt sich für uns ein Handlungsbedarf der folgende Themenbereiche
37 umfasst:

38 **1. Recht auf Teilhabe für Menschen mit Behinderung**

39 Der Bund muss sich an den **Kosten und den Kostensteigerungen der**
40 **Eingliederungshilfe beteiligen**, damit Länder und Kommunen die Ziele des
41 Bundes teilhabegesetztes tatsächlich umsetzen können. Die steigenden finanziellen
42 Belastungen müssen gemeinsam gestemmt werden. Zudem ist der Bund gefragt,
43 bürokratische Strukturen zu vereinfachen, um auf allen Ebenen schlankere
44 Strukturen zu ermöglichen. Wir wollen sicherstellen, dass Menschen mit
45 Behinderung und Beeinträchtigung auch in Zukunft die Unterstützung bekommen, die
46 ihnen zusteht. Die Eingliederungshilfe betrachten wir nicht als Kostenfaktor,
47 sondern als ein Werkzeug, mit dem sichergestellt wird, dass alle Menschen
48 gleichberechtigt an unserer Gesellschaft teilnehmen können.

49 Wir bekennen uns zu den Angeboten der Werkstätten und sind uns im Klaren
50 darüber, dass es viele Menschen gibt, die dort arbeiten wollen. Allerdings gibt
51 es auch viele Menschen, die eine Chance auf Zugang zum ersten Arbeitsmarkt haben
52 wollen und denen hierbei rechtliche und praktische Rahmenbedingungen im Weg
53 stehen. Deshalb braucht es eine **Reformierung des Werkstättenrechts**, um diese
54 Möglichkeiten auszuschöpfen.

55 **2. Ein generationengerechtes Rentensystem**

56 Während 1960 noch sechs Beitragszahler*innen auf eine*n Rentner*in kam, sind es

57 heute zwei Beitragszahler*innen. Das bedeutet, dass sich nicht nur unsere
58 Gesellschaft rapide verändert hat, sondern ein generationengerechtes
59 Rentensystem nur möglich ist, wenn es die Herausforderungen der jeweiligen
60 Generationen im Blick hat und auf sie reagiert. Die Zementierung des
61 Rentenniveaus auf 48 Prozent ohne einen Vorschlag für die Gegenfinanzierung, ist
62 kein zukunftsfestes Rentensystem. Ohne grundlegende Reformen wie die
63 **Einbeziehung weiterer Beitragszahler*innen und eine Stärkung der**
64 **kapitalgedeckten Altersvorsorge für alle**, drohen die Lohnnebenkosten künftig
65 Arbeitnehmer*innen und Arbeitgebende zu erdrücken und Arbeit unattraktiv zu
66 machen.

67 3. Reform der sozialen Pflegeversicherung

68 Wir brauchen eine **generationengerechte** Reform der sozialen Pflegeversicherung.
69 Dazu ist es notwendig, dass der Bund sich mit folgenden Themen auseinandersetzt:

- 70 • Eine **Umgestaltung der Finanzierung** ist dringend nötig. Für uns gilt der
71 Grundsatz: **Entbürokratisierung vor Leistungskürzung**. Wir brauchen eine
72 Entlastung der Pflegekassen. **Versicherungsfremde Leistungen** wie die
73 Coronamehrkosten, Ausbildungskosten oder die Absicherung von pflegenden
74 Angehörigen müssen aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Für die
75 steigenden Eigenanteile in der stationären Pflege fordern wir einen
76 **Kostendeckel pro Pflegeplatz**. Die Eigenanteile sind inzwischen ins
77 Unermessliche geschossen. Das ist für Pflegebedürftige und ihre
78 Angehörigen nicht mehr leistbar.
- 79 • Der volkswirtschaftliche Wert durch unbezahlte Pflege von pflegenden
80 Angehörigen wird in Deutschland auf 206 Mrd. Euro jährlich geschätzt. Die
81 **Entlastung und Unterstützung von pflegenden Angehörigen** müssen in der
82 Reform im Fokus stehen.
- 83 • Wir brauchen außerdem eine bessere und **gesetzlich verankerte Steuerung der**
84 **pflegerischen Versorgung durch die Kommunen**. Sie müssen für die Erstellung
85 abgestimmter Konzepte der Quartierspflege, Pflegedienstleistungen und für
86 Pflegende Angehörige befähigt werden – und der Bund muss den Kommunen
87 diesen Mehraufwand bezahlen.
- 88 • Um Pflegebedürftigkeit möglichst zu verhindern und Verläufe abzumildern,
89 muss schon frühzeitig mit **Prävention begonnen und auch vermehrt**

90 rehabilitative Pflege angeboten werden.

91 **5. Gesetzliche Krankenversicherung**

92 Zur kurzfristigen Stabilisierung braucht es wie in der sozialen
93 Pflegeversicherung eine **Übernahme versicherungsfremder Leistungen durch den**
94 **Bundeshaushalt**, um das Solidarsystem zu stabilisieren. Mittelfristig müssen die
95 größten finanziellen Hebel bewegt werden durch **konsequente Gesundheitsförderung**
96 auf Basis eines **novellierten Präventionsgesetzes, flächendeckende**
97 **Digitalisierung und Entbürokratisierung** samt einer Reduktion des
98 Verwaltungsapparats.

99 Langfristig bedarf es der **Überführung von Sozialer und Gesetzlicher**
100 **Krankenversicherung in eine Grundversicherung**, in die alle Menschen unabhängig
101 von Einkommensart einzahlen. Menschen mit niedrigen Einkommen zahlen heute einen
102 deutlich höheren Anteil ihres Einkommens für unser Solidarsystem als Menschen
103 mit hohen Einkommen. Diesen Umstand wollen wir durch eine umfassende Reform
104 entgegenwirken, um ihnen mehr Netto vom Brutto zu lassen.

105 **4. KiTa-Garantie**

106 **Nicht jedes Kind in Schleswig-Holstein hat einen KiTa-Platz** und das, obwohl wir
107 so viel Geld für KiTa ausgeben wie noch nie. **Rund 1,8 Mrd. Euro werden in**
108 **Schleswig-Holstein im Jahr 2025 für die Kleinsten ausgegeben**. Dabei trägt das
109 Land mit ca. 42% den größten Anteil in Höhe von 758 Mio. €, die Kommunen mit
110 etwa 37 % den zweitgrößten und die Eltern finanzieren mit ihrem gedeckelten
111 Anteil den restlichen Anteil von aktuell ca. 21%.

112 Wir wissen, dass es eine Diskrepanz zwischen bildungsnahen vs. bildungsfernen,
113 migrantischen vs. nicht-migrantischen, einkommensschwachen vs. einkommensstarken
114 Familien gibt, wenn es darum geht, wer eine KiTa besucht. Ein konkretes
115 Beispiel: **Laut statistischem Bundesamt liegt die Betreuungsquote der Drei- bis**
116 **Sechsjährigen bei Kindern ohne Migrationshintergrund bei 103%, bei Kindern mit**
117 **Migrationshintergrund hingegen nur bei 60%**.

118 Das führt zu unterschiedlichen Startbedingungen bei Kindern zu Schulbeginn und
119 mit Blick auf spätere berufliche Chancen. **Wir wollen einen Weg aufzeigen, der**
120 **die Platzkapazitäten erhöht und Kindern und Familien ermöglicht, die**
121 **frühkindliche Bildung und Unterstützung zu erfahren, die sich brauchen**. Wir
122 sprechen uns gegen eine KiTa-Pflicht aus, denn wir sehen keinen Sinn darin, eine
123 Pflicht zu formulieren, wenn wir als Staat noch nicht ausreichend Kapazitäten
124 bereitstellen. **Wir wollen einen KiTa-Garantie!**

125 Wir können und wollen uns nicht damit zufriedengeben, dass nicht jedes Kind die
126 fröhliche Bildung erfährt, die es benötigt. Wir wollen deshalb die
127 **Betreuungsquote im Bereich der über Drei-Jährigen spürbar erhöhen** und jetzt ist
128 ein genau der richtige Zeitpunkt. Die rückläufigen Kinderzahlen bedeuten
129 freiwerdende Ressourcen, die unbedingt in die Stabilisierung des Systems
130 investiert werden müssen durch einen Platzausbau und in gute Arbeitsbedingungen
131 für Fachkräfte!

132 Wir dürfen nicht den Fehler machen, dass vor Ort oder im Land mit weniger
133 Ressourcen geplant wird, wenn noch rund **10 Prozent der über Drei-Jährigen Kinder**
134 **keinen KiTa-Platz haben.**

135 Deshalb setzen wir uns für ein **KiTa-Garantie-Programm für die Kommunen** ein. Mit
136 diesem Programm sollen diejenigen Kinder einen KiTa-Platz bekommen, **die noch**
137 **keinen haben und gerade in sozial herausfordernden Gegenden leben.** Deshalb
138 **wollen wir uns auf Landesebene, so wie auf kommunaler Ebene dafür einsetzen,**
139 **dass bestehende KiTa-Mittel erhalten und gezielt für Kinder ohne KiTa-Platz**
140 **genutzt werden.**

141 Die Mittel sollen vor allem für zusätzliches Personal und zusätzliche Maßnahmen
142 genutzt werden, um die Betreuungsquote zu erhöhen.

143 5. Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten stärken

144 Wir bekennen uns zu einer vielfältigen Gesellschaft, die in der Migration nicht
145 nur Probleme sieht, sondern Möglichkeiten für Menschen mit Migrationsgeschichte
146 selbst und für unsere schleswig-holsteinische Wirtschaft. Wir möchten, dass
147 Menschen von Tag eins an, als ab Ankunft die Möglichkeit haben ihren eigenen
148 Lebensunterhalt durch eigene Arbeit oder Ausbildung zu verdienen. Dafür braucht
149 es gute Ankommensinfrastruktur in Land und Kommunen, die verzahnt sind und eine
150 feste Kooperation mit der schleswig-holsteinischen Wirtschaft mit dem Land für
151 Jobperspektiven für Geflüchtete. Wir wollen, dass das neu eingeführte
152 **Screeningverfahren der Kompetenzen von Geflüchteten in den**
153 **Erstaufnahmeeinrichtungen**, damit sie schneller und besser ankommen, zum neuen
154 **Standard für Schleswig-Holstein** wird. Wir wollen außerdem, dass die Verfahren
155 zur Anerkennung von bereits erworbenen Qualifikationen entbürokratisiert und
156 vereinfacht werden, um Menschen schneller in Jobs zu bringen, für die sie
157 bereits ausgebildet sind.

158 6. Wohnraum schaffen – Mieter*innen schützen

159 Einer der großen Krisen unserer Zeit ist, dass Mieten zu teuer sind, Nebenkosten

160 steigen und viele Menschen keinen passenden Wohnraum finden. **Wir brauchen mehr**
161 **Wohnraum für junge Menschen, Familien, einkommensschwache Personen und junge**
162 **Menschen in Ausbildung oder Studium.** Und wir müssen Mieter*innen schützen. Mit
163 dem **Wohnraumschutzgesetz** in Schleswig-Holstein haben wir es als Grüne geschafft
164 ein Instrument einzuführen, dass vor allem die Rechte der Mieter*innen schützen
165 soll. Allerdings reicht es in seiner derzeitigen Ausgestaltung nicht aus. Damit
166 das Instrument noch besser greift, muss es bei geeigneten Fällen im ganzen Land
167 angewendet und für Mieter*innen selbst konkret nutzbar gemacht werden. Deshalb
168 wollen wir dieses Instrument erweitern und weiterentwickeln zusammen mit
169 Expert*innen rund um das Thema Mieten und Wohnen, um in Vorbereitung unseres
170 Wahlprogramms einen Schwerpunkt auf dieses Thema zu richten. Die hohe Förderung
171 des sozialen Wohnungsbaus muss beibehalten werden! Wir setzen uns dafür ein,
172 dass zukünftig verstärkt EU Fördermittel für bezahlbares Wohnen in Schleswig-
173 Holstein eingesetzt werden. In dieser Wahlperiode ist es bereits gelungen, die
174 **Kappungsgrenzenverordnung wieder einzuführen**, um unverhältnismäßige
175 Mieterhöhungen in bestehenden Mietverhältnissen zu verhindern. Als Nächstes
176 setzen wir uns dafür ein, auch die **Mietpreisbremse erneut einzuführen**, um
177 Mieterhöhungen bei Mieter*innenwechsel zu regulieren. **Kommunale**
178 **Wohnungsbaugesellschaften möchten wir gezielt unterstützen**, damit Wohnraum dort
179 entsteht, wo er gebraucht wird. Wir wollen der Finanzialisierung des
180 Wohnungsmarkts, auf dem große Immobilienkonzerne Profite zu Lasten der
181 Mieter*innen und einer nachhaltigen Ortsentwicklung machen, ein Ende bereiten.
182 Dafür brauchen wir konkrete Instrumente wie eine Leerstandssteuer, einen
183 Ausschüttedeckel für große Immobilienkonzerne oder einen Immobilienregister.
184 Wir setzen uns im Bundesrat, Bundestag und EU Parlament dafür ein den
185 Wohnungsmarkt gemeinwohlorientiert zu gestalten. Wohnen ist öffentliche
186 Daseinsvorsorge und kein Spekulationsobjekt. Der Wohnungsmarkt braucht
187 Regulierung, denn nur das Credo "Bauen, Bauen, Bauen" wird das
188 Verteilungsproblem nicht lösen!

189 **7. Vermögen und Erbschaften besteuern – Gerechtigkeit herstellen**

190 Während die Ausgaben und Aufgaben des Staates steigen, wird auf der
191 Einnahmeseite lediglich auf Wirtschaftswachstum gesetzt. Trotz vollmundiger
192 Ankündigungen und einem Riesen-Kreditrahmen bleibt die neue Regierung weit
193 hinter den Wachstumsversprechen zurück. Deshalb muss die Einnahmeseite gestärkt
194 werden.

195 In Deutschland haben wir eine verhältnismäßig hohe Besteuerung von Einkommen.
196 Beim Vermögen hingegen nicht. **Gerade eine Vermögenssteuer und eine wirksame**
197 **Erbschaftssteuer würden den Ländern zugutekommen und die Vermögensungleichheit**
198 **in Deutschland entgegenwirken.** Unser Grundgesetz sieht eine Vermögenssteuer vor,
199 sie ist derzeit nur ausgesetzt. Die Zeit ist längst überfällig: Wir wollen

200 wieder eine gerechte Vermögenssteuer einführen. Hierbei geht es nicht darum,
201 Betriebe zu gefährden oder den hart erarbeiteten Besitz von einzelnen Personen.
202 Wir wollen, dass Milliardäre ihren fairen Anteil zahlen und sich Menschen, die
203 zig Millionen Euro herumliegen haben, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung
204 stellen. Hierzu muss auch die Erbschaftssteuer reformiert werden, um auch die
205 Superreichen zu erreichen.

206 Darüber hinaus müssen auch hohe Kapitalerträge bei den
207 Sozialversicherungsausgaben mitgedacht werden. Das wäre ein wichtiger
208 Reformschritt bei der Stabilisierung unserer Sicherungssysteme – und ein Beitrag
209 für mehr Gerechtigkeit im Land.

Unterstützer*innen

Jasper Balke (KV Lübeck), Sophia Marie Pott (KV Lübeck), Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg), Lasse Petersdotter (KV Kiel), Silke Schiller-Tobies (KV Kiel), Anke Erdmann (KV Kiel), Steffen Regis (KV Kiel), Johannes Albig (KV Kiel), Gazi Freitag (KV Plön), Kai Hergert (KV Herzogtum Lauenburg), Malte Krüger (KV Steinburg), Erika von Kalben (KV Pinneberg), Kevin Skrzypczak (KV Kiel), Nadine Mai (KV Pinneberg), Svea Balzer (KV Kiel), Jessica Leutert (KV Kiel), Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde), Nelly Waldeck (KV Kiel), Catharina Johanna Nies (KV Flensburg), Marlene Langholz-Kaiser (KV Flensburg), Luca Köpping (KV Kiel), Carsten Nielsen (KV Flensburg), Silke Backsen (KV Nordfriesland), Jasmin Moreau (KV Herzogtum Lauenburg), Martin Kolanus (KV Herzogtum Lauenburg), Christoph Fischer (KV Segeberg), Bina Braun (KV Herzogtum Lauenburg), Mathias Schmitz (KV Pinneberg), Juliane Michel (KV Neumünster), Zoé Engel (KV Lübeck), Silke Schneider (KV Lübeck), Lydia Rudow (KV Kiel), Stefan Lansberg (KV Plön), Birgit Ott (KV Kiel), Sylvia Fischer (KV Lübeck), Rasmus Andresen (KV Flensburg), Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg), Denise Loop (KV Dithmarschen), Lukas Unger (KV Pinneberg), Frederic Meyer (KV Kiel), Reimo Schaaf (KV Ostholstein), Leon Martin (KV Kiel), Katrin Stange (KV Pinneberg), Annette Granzin (KV Ostholstein), Gabriele Braune (KV Ostholstein), Hildegard Bedarff (KV Pinneberg), Scarlett Schmit (KV Steinburg), Lukas Reithofer (KV Kiel), Ann Christin Hahn (KV Pinneberg), Angela Tsagkalidis (KV Stormarn), Hans-Peter Hopp (KV Ostholstein), Janine Mehlhorn (KV Lübeck), Lino Weiss (KV Kiel), Adrian Grimm (KV Kiel), Esther Drewsen (KV Nordfriesland), Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde)